

Ausgabe: **19\_13 vom 7. Oktober 2013** | Themenspecial: **Leasing**

## Gutes und sicheres Wohnen bleibt zentrales Thema für die ältere Generation

"Der starke Anstieg des speziellen Wohnbedarfs älterer Menschen wird in den kommenden Jahren eine große Herausforderung für die Wohnungswirtschaft in Deutschland darstellen", erklärte Axel Gedaschko, Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, anlässlich Internationalen Tages der älteren Menschen. Er appellierte an die künftige Bundesregierung, den demografischen Wandel stärker in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu rücken. "Die Bevölkerung in Deutschland schrumpft langfristig und wird älter. Das erfordert bereits heute Investitionen in barrierearme Wohnungen und ein barrierearmes Wohnumfeld", erklärte der GdW-Chef.

Rund 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind 65 Jahre und älter. Das entspricht 16 Millionen Menschen. Etwa 3,7 Mio. davon sind mindestens 80 Jahre alt. Bis zum Jahr 2050 dürfte sich die Zahl der über 80-Jährigen auf gut 10 Mio. Menschen fast verdreifachen. Bundesweit leben nach Angaben des Kuratoriums deutsche Altershilfe (KDA) nur etwa eine halbe Million der Seniorenhaushalte in Deutschland in barrierearmen oder barrierefreien Wohnungen. Das entspricht 1,4 Prozent aller Wohnungen in Deutschland. "Wir brauchen mehr altersgerechte Wohnungen – allen voran im Wohnungsbestand", forderte GdW-Chef Gedaschko. Eine Befragung des GdW hat gezeigt, dass bereits rd. 5,7 Prozent der Wohnungen in den Mitgliedsunternehmen barrierearm oder barrierefrei sind. Das sind rund 328.000 Wohnungen. Dennoch herrscht hier weiter großer Handlungsbedarf. "Die Menschen möchten so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden wohnen bleiben. Daher ist es wichtig, dass nicht nur ein bedarfsgerechter Wohnraum zur Verfügung steht, sondern auch soziale Dienstleistungen und Pflegeleistungen angeboten werden können.

Der GdW fordert die künftige Bundesregierung angesichts des wachsenden Bedarfs altersgerechter Wohnungen auf, die erforderlichen Bundesmittel für das KfW-Förderprogramm "Altersgerecht Umbauen" bei den Beratungen für den künftigen Bundeshaushalt so schnell wie möglich wieder bereitzustellen. Denn trotz aktuell niedriger Zinsen reiche das Eigenprogramm der KfW an dieser Stelle nicht aus, um den eigentlichen Bedarf abzudecken. Auch müsse die Förderung von kommunalen und quartiersbezogenen Demografiekonzepten ergänzt werden. "Auf kommunaler Ebene müssen sich die Beteiligten zusammenfinden und gemeinsam Lösungen für eine barrierearme Ausgestaltung der kommunalen Infrastruktur und die Bereitstellung von ausreichend barrierearmem Wohnraum finden", so Gedaschko. Die Wohnungsunternehmen hoffen, dass der aktuell diskutierte neue Pflegebedürftigkeitsbegriff tatsächlich zu mehr Bedarfsgerechtigkeit in der Pflege und einer stärkeren wohnungsnahen Versorgung beitragen könne und zügig umgesetzt werde, so der GdW-Chef.

*PM GdW, 01.10.2013 - [Original Artikel](#)*